Genderperspektiven für die European Studies

Gudrun Hentges, Claudia Wiesner, Carola Bauschke-Urban

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren verschiedene immer wieder als krisenhaft diskutierte Entwicklungen erlebt – die Wirtschafts- und Finanzkrise und die darauf folgende Austeritätspolitik in der EU, die sog. Flüchtlingskrise 2015, oder besser: die Krise der europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik, den Brexit und die Fragen, die dieser für die Stabilität der EU aufwirft, rechtspopulistische Regierungen und korrupte Politiker_innen, die in mehreren Mitgliedsstaaten Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und repräsentativer Demokratie untergraben, und schließlich geostrategische, ökonomische und weltpolitische Konkurrenten und Bedrohungen (China, Russland, USA).

Diese krisenhaften Entwicklungen sind miteinander verwoben und haben frauen- und gleichstellungspolitische Konsequenzen. So werden, nicht zuletzt durch Wanderungsbewegungen von Migrant_innen, die europäischen Gesellschaften einerseits heterogener und transformieren sozioökonomische, politische und soziale Strukturen – andererseits werden in einigen Staaten auch diese Entwicklungen aber von rechtspopulistischen und rechtsextremen Gegenbewegungen heftig kritisiert, gesellschaftliche Vielfalt wird begrenzt und Minderheiten werden diskriminiert. Dabei geht die institutionelle Schwächung der Demokratie durch die Regierungen in Mitgliedsstaaten wie Ungarn und Polen mit einer Einschränkung nicht nur der gesellschaftlichen Vielfalt, sondern auch der Geschlechtergerechtigkeit einher.

Zudem haben sich die EU-Finanzkrise und die daran anschließenden Austeritätspolitiken nicht nur auf politische und ökonomische Entscheidungsprozesse der EU negativ ausgewirkt – auch die Folgen für die Geschlechterverhältnisse in der EU sind durchgreifend und multidimensional. Die Austeritätspolitiken haben einerseits massiven feministischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen neoliberale, konservative und rassistische politische Praxen in Europa hervorgerufen, andererseits reagieren die Rechtsaußenparteien mit der Forderung nach Stärkung direktdemokratischer Instrumente und instrumentalisieren Plebiszite, Volksabstimmungen, Volksbegehren und Referenden, um gegen das politische Establishment zu mobilisieren. Ergebnisse dieser populistischen Mobilisierungen können wir exemplarisch am Brexit-Prozess beobachten, aber auch in der Gegnerschaft zu Gleichstellung und Diversität in Osteuropa.

Nicht nur in Osteuropa betont die extreme Rechte vorgeblich traditionelle Familienwerte und Modelle sowie biologistische Definitionen von Frauenrollen. Dabei beobachten wir auch eine ‚Feminisierung der extremen Rechten‘: Politikerinnen der populistischen und extremen Rechten wie Marine Le Pen (Rassemblement National) oder auch Beatrix von Storch (AfD) positionieren sich mit individuell emanzipativen Konzepten, während sie in der Programmatik und Ideologie zugleich Prozesse der Entdemokratisierung der Gesellschaft und Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse vorantreiben. Im Fadenkreuz der parlamentarischen und politischen Initiativen der extremen Rechten stehen vor allem die Gender und Queer Studies, deren Abschaffung sie fordern, und der Angriff auf sexuelle Selbstbestimmung und Sexualpädagogik.

Diese Entwicklungen, die die Geschlechtergleichheit und die gesellschaftliche Diversität bedrohen, sind verbunden mit Angriffen auf Demokratie und Gewaltenteilung in einigen Staaten, vor allem in Ungarn und Polen. Sie widersprechen Artikel 2 des Vertrages von Lissabon, der Quasi-Verfassung der EU. Artikel 2 hält die Grundwerte der EU fest: „Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“. Diese Werte der EU werden mithin aktuell vielfach infrage gestellt.

Den krisenhaften Veränderungen in der EU auf der einen Seite steht auf der anderen Seite auch eine Stärkung gegenüber: Frauen sind in den Organen der EU zunehmend stärker vertreten. Erstmals in der Geschichte der EU steht mit Ursula von der Leyen eine Frau an der Spitze der Europäischen Kommission. Während Männer in der letzten EU-Kommission mit zwei Dritteln überrepräsentiert waren, ist die neue EU-Kommission mit 14 Männern und 13 Frauen fast paritätisch besetzt. Auch im Europäischen Parlament stieg der Frauenanteil: In den Jahren 1952 bis 1979 waren nur 31 Frauen Mitglied des Europäischen Parlaments. Nach den ersten Direktwahlen 1979 waren Frauen als Europaparlamentarierinnen mit einem Anteil von 15 Prozent immer noch dramatisch unterrepräsentiert. In der letzten Legislaturperiode (2014–2019) stieg der Frauenanteil auf 36 Prozent, um seit den Wahlen am 26. Mai 2019 einen historischen Höchststand von über 40 Prozent zu erreichen.

Die EU unternimmt überdies eine Reihe von institutionellen Aktivitäten zur Förderung der Gleichstellung, dem Prinzip des Gender Mainstreaming folgend. Dies schlägt sich in der Arbeit des Europäischen Parlaments und seinen Resolutionen und Entscheidungen nieder, sowie in der Arbeit der Kommission und auch des Rates, und schließlich auch bei den Lobbyorganisationen, die auf EU-Ebene arbeiten. Diese führen zu institutionellen Förderstrategien für Gleichstellung in verschiedenen Politikfeldern, wie etwa der Forschungsförderung oder der Regionalförderung. Solchen positiven Entwicklungen stehen die negativen Auswirkungen gegenüber, die die eingangs skizzierten Problemlagen auf die Geschlechtergleichheit haben.

Das Schwerpunktheft thematisiert vor diesem Hintergrund die Situation von Frauen und Gleichstellungspolitik in der EU und eröffnet somit aktuelle Genderperspektiven auf die und in den European Studies. Die vorliegende Ausgabe versammelt fünf Beiträge von ausgewiesenen Autorinnen, die aus Genderperspektive exemplarisch Aspekte der European Studies ausleuchten. Vier der Beiträge konzentrieren sich dabei auf die Stärken und Schwächen der institutionellen Förderstrategien der EU.

Ausgehend von dem Ansatz des Feministischen Institutionalismus analysiert *Petra Ahrens* in ihrem Beitrag „Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament“, ob eine Institutionalisierung von Gender Mainstreaming möglich sei. Sie fragt danach, ob sich neue Regeln und Normen in formale und informelle Regeln einbeziehen lassen. Ihre Untersuchung basiert auf zentralen Dokumenten des Europäischen Parlaments und Interviews mit Mitgliedern und Beschäftigten des Europäischen Parlaments. Auch wenn sich die Institutionalisierung von Gender Mainstreaming nicht geradlinig vollziehe, so könne man dennoch, so ihr Fazit, eine Institutionalisierung von Gender Mainstreaming konzedieren.

Rita Bencivenga und *Eileen Drew* diskutieren die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und des strukturellen Wandels im akademischen Bereich durch Gleichstellungspläne. Hierbei wollen sie die Harmonisierung von EU- und nationalen Initiativen ausloten. Sie rekurrieren u. a. auf die Erfahrungen, die in zwei EU-Projekten gesammelt werden konnten (INTEGER (FP7) und SAGE (H2020)) und beziehen sich ferner auf Athena SWAN (UK/Irland) und auf die Positive Action Plans (Italien). Die Auswirkungen von Gleichstellungsplänen untersuchen sie anhand von Expert_inneninterviews, die an irischen und italienischen Hochschulen geführt worden sind. Der Einschätzung von Bencivenga und Drew folgend, wird eine Strategie, die sich auf gemeinsame Prioritäten konzentriert, nicht nur die Internationalisierung des Hochschulsektors vorantreiben, sondern auch den Prozess der Gleichstellung der Geschlechter im akademischen Bereich befördern können.

Barbara Hönig widmet sich in ihrem Beitrag dem Thema „Gleichstellung und Exzellenz“. Unter Verwendung des Begriffs der „strukturellen Ambivalenz“ will sie exemplarisch am Beispiel des Europäischen Forschungsrates, der die europäische Exzellenzinitiative repräsentiert, das Verhältnis von Normen der Chancengleichheit und Idealen wissenschaftlicher Exzellenz analysieren. Hönig stellt die These auf, dass das Exzellenzparadigma eine Umsetzung supranationaler Normen der Chancengleichheit im Bereich von Wissenschaft und Forschung nicht etwa befördere, sondern eher als Barriere fungiere. Anhand von qualitativen Daten zeigt sie auf, wie unwahrscheinlich es aufgrund nach wie vor existierender Barrieren ist, dass der europäische Forschungsraum in naher Zukunft die selbst gesteckten Ziele einer Politik der Chancengleichheit erreichen wird.

Maria Cristina Antonucci analysiert die weibliche Präsenz in Lobbying-Karrieren im politischen System der EU und kontrastiert diese Karrierewege mit Frauen, die im Lobbyismus in drei nationalen politischen Systemen (Italien, Frankreich, Großbritannien) tätig sind. Während Studien zu Lobbying häufig die Formen der Regulierung untersuchen, befassen sich nur sehr wenige Untersuchungen mit der soziologischen Zusammensetzung der Lobbyist_innen und der Unterrepräsentanz von Frauen sowohl auf nationaler Ebene als auch in den europäischen Institutionen. Dieses Forschungsdefizit aufgreifend, liefert Antonucci eine erste multifaktorielle Erklärung des Phänomens: Sie argumentiert, dass wir einerseits eine weitgehend gleichmäßige Verteilung der Geschlechter in europäischen Lobbykarrieren beobachten können, während wir andererseits auf nationaler Ebene von einer Geschlechterparität im Feld des Lobbyismus noch weit entfernt seien.

Antigenderpolitik steht schließlich im Zentrum des Beitrags von *Eszter Kováts*. Ihre Analyse konzentriert sich auf Ostmitteleuropa und geht der Frage nach, ob es sich bei Antigenderkampagnen um eine rechte ‚Trotzreaktion‘ auf einen westlichen Eurozentrismus handele. Kováts will einen Beitrag leisten zum besseren Verständnis der Ideologien der populistischen oder extremen Rechten, deren Vertreter_innen immer wieder behaupten, Gender sei eine ideologische Kolonisierung. Einem induktiven Ansatz folgend, der auf empirischen Studien der vier Visegrád-Länder basiert (Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn), zeigt Kováts die spezifischen ostmitteleuropäischen Triebkräfte der Antigendermobilisierung auf und interpretiert diese Kampagnen als rechte Sprache des Widerstands gegen materielle und symbolische Ost-West-Ungleichheiten, die nach wie vor in Europa existieren.

Offener Teil

Lotte Hahm, die im Mittelpunkt des ersten Beitrags aus dem Offenen Teil steht, gehörte zu den schillernden Persönlichkeiten der Berliner lesbischen, schwulen und trans* Subkultur der Weimarer Republik. In ihrer kritisch-hermeneutischen Rekonstruktion legen *Ingeborg Boxhammer* und *Christiane Leidinger* Handlungsmöglichkeiten und -strategien der Aktivistin* offen. Ihr Erkenntnisinteresse richten Boxhammer und Leidinger dabei u. a. auch auf die Herkunftsfamilie, die persönliche und berufliche Lebenssituation sowie auf das subkulturelle Vorgehen und Wirken von Lotte Hahm.

Vor dem Hintergrund tiefgreifender struktureller Transformationsprozesse und einer breiten Welle sozialer und politischer Unruhen und Proteste in der jüngsten Vergangenheit, die den gesamten Vorderen Orient aufwühlen, blickt *Renate Kreile* auf die komplexen geschlechterpolitischen Dynamiken im Irak. In historisch-struktureller Perspektive arbeitet sie heraus, wie es dazu kommen konnte, dass sich eine Gesellschaft, in der Frauen jahrzehntelang über mehr Rechte und Freiheiten verfügten als in den Nachbarstaaten, derart wandeln konnte.

Unter dem Titel „Betrachtungen zum Verhältnis von Frausein und Revolution“ widmet sich *Anna Sator* in ihrem Beitrag dem Drama *Die Befreiung* (1926) von Berta Lask, das in der Tradition des revolutionären proletarischen Theaters steht und die Arbeiterinnen zur aktiven politischen Teilnahme motivieren sollte. Die Autorin analysiert sowohl die Figurenkonzeption als auch den formalen Aufbau des Stückes und kann darüber zeigen, wie das Verhältnis von Revolution und Geschlecht innerhalb dieser seltenen, auf weibliche Figuren zentrierten Handlung thematisiert wird.

Im Aufsatz von *Juliane Gerland* geht es sowohl um intersektionale als auch inklusive Perspektiven auf Genderaspekte in der außerschulischen Musikpädagogik. Auf der Grundlage von Dokumenten des Musikschulverbands und statistischer Datenbanken von Musikschulen fragt die Autorin danach, inwieweit Gender als Strukturkategorie an Musikschulen sichtbar wird und inwiefern In- und Exklusionsmechanismen von weiteren Strukturkategorien, z. B. sozioökonomischer Status oder (Dis-)Ability, beeinflusst werden. Dabei wird deutlich, dass von einer reflektierten, gendersensiblen Praxis an Musikschulen aktuell nicht ausgegangen werden kann.

Das Heft wird durch Besprechungen von vier aktuellen Publikationen aus dem Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung abgerundet.

Die Zeitschrift GENDER bedankt sich bei allen Gutachter_innen, die diese Ausgabe durch ihre Expertise und Rückmeldungen unterstützt haben.